2013-12-06

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Stadtrates am 13.11.2013

Sitzungsbeginn:	**16:00 Uhr**	
Sitzungsende:	**18:15 Uhr**	
Sitzungsort:	**Ratssaal des Rathauses Dessau**	
Leitung der Sitzung:	Herr Dr. Exner	Stadtratsvorsitzender
	Herr Hoffmann	1. Stellvertreter
	Frau Storz	2. Stellvertreterin
Anwesend:	**Soll: 50**	**Ist: 41**

Die Ist-Zahl entspricht der Höchstzahl der anwesenden Stadträte; Änderungen während der Sitzung sowie das Stimmrecht des Oberbürgermeisters wurden bei den Abstimmungsergebnissen berücksichtigt.

Es fehlten:

Fraktion der CDU

Mau, Hans-Joachim
Puttkammer, Michael

Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau

Krüger, Otto-Harald

Fraktion der SPD

Hartmann, Robert
Laue, Harald

Fraktion Bürgerliste/DIE GRÜNEN

Lohde, Jacqueline
Lütje, Daniela

Mitglied Freie Wähler

Göricke, Hagen

Mitglied DVU

Knop, Ingmar

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, eröffnete die Sitzung, stellte die frist- und formgerechte Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit mit derzeit 31 stimmberechtigten Mitgliedern fest.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Rumpf, CDU-Fraktion, stellte in Absprache auch mit den Fraktionen Pro Dessau-Roßlau und SPD den **Antrag,** den **Tagesordnungspunkt 7.12 von der Tagesordnung zu nehmen.** Den Mitgliedern des Stadtrates liegen noch keine konkreten Fakten vor, morgen befasse sich damit der Landtag und am 22.11.2013 der Stiftungsrat, deshalb sollte das zum jetzigen Zeitpunkt nicht beschlossen werden.

Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion, brachte sein Erstaunen zum gestellten Antrag zum Ausdruck. Es handele sich bei der Angelegenheit um eine höchst öffentliche und von höchstem Interesse für diese Stadt. Sie verdient genau die Behandlung in diesem Gremium und könne nicht abgesetzt werden, es sei denn, dass diejenigen, die es absetzen, sich mit dem Etikett schmücken wollen, eine öffentliche Diskussion in einer öffentlichen Angelegenheit nicht zulassen zu wollen.

Er sei zutiefst erschüttert, denn es gehe nicht primär um den Stiftungsvorstand und Direktor des Bauhauses, Philipp Oswalt, sondern um die Existenz und die Entwicklung der Stiftung Bauhaus selbst. Es gehe um die fortzuführende, zum Glück entstandene, unter den Vorgängern von Oswalt so nicht möglich gewesene enge Verbindung zwischen Stadt und Bauhaus gerade jetzt in der kritischen Vorbereitungsphase des Bauhausjubiläums 2019. Es gehe weiterhin um unsere Stadt. Wenn man hier beschließt, Angelegenheiten unserer Stadt nicht mehr zu beraten, die von äußerster Wichtigkeit sind, frage er, wozu wir dann gewählt sind, in diesem Gremium tätig werden zu sollen. Wie nehmen wir dann unsere Verantwortung gegenüber dieser Stadt wahr, die auch durch das maßgebliche Engagement von Personen - und nur insoweit spiele Herr Oswalt eine Rolle - eine Entwicklung genommen hat, die sie ansonsten nicht hätte nehmen können. **Herr Dr. Neubert** erinnerte daran, dass entscheidende Entwicklungen, die sich abzeichnen und die sanktioniert und beschlossen wurden, die Errichtung des Bauhausmuseums, der Beschluss zur Bauhausstadt Dessau und vieles mehr, den Initiativen und Anregungen dieser Person zu verdanken sind. Das, was formuliert worden ist, findet genau auch dort seine Wurzeln. Er ist darüber entsetzt, dass man sich der Diskussion entziehen will und hinter den Türen der Öffentlichkeit Entscheidungen offensichtlich mit Gründen zu treffen bereit ist, die niemand von uns kennt. Das sei ein öffentlicher Skandal, falls er sich in dieser Stadt ereignen sollte.

Der **Vorsitzende des Stadtrates, Herr Dr. Exner,** verwies darauf, dass man sich in der Feststellung der Tagesordnung und nicht im Tagesordnungspunkt selbst befinde.

Für die Beibehaltung des Tagesordnungspunktes sprach sich im Namen seiner Fraktion **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke,** aus. Es sei ein erfreulich guter Stand

im Prozess der Entwicklung der Bauhausstadt erreicht und die Fraktion setze auf Kontinuität. Es besteht die Chance, sich jetzt und heute zu diesem Prozess zu positionieren, da sich Berlin ebenfalls schon aufmache, zu 2019 sich in Richtung eines Bauhausmuseums zu positionieren. Wenn wir es nicht schaffen, unseren Prozess zu verstetigen, mit Ergebnissen auszustatten und auch auf Personen zu setzen, die bisher Außerordentliches geleistet haben, werden wir das Wettrennen verlieren. Man verliere in einem Prozess an Tempo, das schwer genug war aufzunehmen. Er sehe den Antrag nicht in Konfrontation zu Minister Dorgerloh, im Gegenteil, es sei eine ernste Bitte des Rates, Kontinuität zu ermöglichen und den Prozess auch in Zukunft zu unterstützen. Das sei beim Minister auch gut aufgehoben. Herr Schönemann bat darum, den Tagesordnungspunkt 7.12 auf 7.1 zu setzen.

In dem Fall, dass eine Vertagung nicht zustande kommt, beantragte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** aus sachlichen Gründen die Verlegung des Tagesordnungspunktes in den nichtöffentlichen Teil. Der Beschlussvorschlag habe den Inhalt der Weiterbestellung des jetzigen Direktors der Stiftung. Als solches sei es eine Personalie. In der Diskussion werde man zwingend über die Person reden, was ein zwingendes Argument für eine nichtöffentliche Behandlung sei. So sehe es auch die Geschäftsordnung vor. Herr Bönecke verwies darauf, dass das vorgeschlagene Anschreiben eine einmütige Entscheidung des Stadtrates formuliert, die zum jetzigen Zeitpunkt gefährdet erscheint. Insgesamt und um hier Schaden von der Stiftung und den beteiligten Personen sowohl auf Landesebene als auch von Seiten der Stadt und der Stiftung abzuwenden, sei eine nichtöffentliche Behandlung zwingend notwendig, vor allem vor dem Hintergrund der kontroversen Diskussion in der Presse in den letzten Tagen.

Zum Vorschlag der Verschiebung in den nichtöffentlichen Teil verwies **Frau Andrich, Fraktion Die Linke,** darauf, dass in der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Kultur, Bildung und Sport die Personalie Intendant des Anhaltischen Theaters im öffentlichen Teil entschieden wurde. Deshalb sehe sie keinen Grund zur Verschiebung des Tagesordnungspunktes 7.12 in den nichtöffentlichen Teil.

Dem **Antrag** auf **Absetzung des Tagesordnungspunktes 7.12** wurde mehrheitlich zugestimmt (19:15:01). Die Tagesordnung wurde in geänderter Form bestätigt (20:14:02).

Herr Busch, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, sowie **Herr Maloszyk, FDP-Fraktion**, erklärten gegenüber dem Büro des Stadtrates, dass sie aufgrund der Absetzung des Tagesordnungspunktes aus Protest die Sitzung verlassen.

3 Genehmigung der Niederschrift vom 09.10.2013

Die Niederschrift wurde mehrheitlich bei 4 Enthaltungen genehmigt.

4 Berichte des Oberbürgermeisters

4.1 Information über wesentliche Angelegenheiten der Stadt

Herr Oberbürgermeister Koschig gab einen Bericht zu dem Zeitraum vom 10. Oktober bis 12. November 2013.

Seine ersten Ausführungen galten allen Kameradinnen und Kameraden der Feuerwehr, da die **Freiwillige Feuerwehr Dessau**, genauer die Freiwillige Turnerfeuerwehr, heute vor 150 Jahren aus den Reihen des 1861 gegründeten Dessauer Turnvereins gebildet wurde. Am 14. November findet im Ratssaal ein Festakt mit anschließendem gemütlichen Beisammensein statt. Der traditionelle Feuerwehrball wird am 30. November in der Anhalt-Arena stattfinden.

Auch unsere Berufsfeuerwehr begeht 2013 ein rundes Jubiläum. Sie wurde in Auswertung des verheerenden Brandes des Friedrichstheaters in der Kavalierstraße am 1. April 1923 gegründet.

Unser **Anhaltisches Theater Dessau** steht zurzeit sehr im Mittelpunkt unserer Arbeit. Am vergangenen Dienstag fand ein Arbeitsgespräch mit Kultusminister Stefan Dorgerloh statt, in dessen Ergebnis der Minister das Eckpunktepapier der Fraktionen entgegennahm und nun die Grundlage für weitere Gespräche und die Aufnahme der Theaterverhandlungen bildet. Herr Koschig dankte allen, die sich hierbei eingebracht haben und nun auch bereit sind, an umsetzbaren und nachhaltigen Strukturen für unser Theater zu arbeiten.

In diesem Zusammenhang machte Herr Koschig auf die **Benefizveranstaltung „Das Wunder von Caracas“** am 18. November in der Marienkirche aufmerksam. Prof. Kaufmann stellt im Gespräch mit Frau Hanus und Kirchenpräsident Liebig sein Buch über ein sensationelles Projekt in Venezuela vor. Der Erlös des Abends kommt dem pädagogischen Projekt Philharmonie des Anhaltischen Theaters zugute. Kindern aus benachteiligten Familien soll hiermit ein besonderes Theatererlebnis ermöglicht werden.

Am Montag, den 04. November hat die **Stadt Dessau** im Rahmen eines Jubiläumsabends ihren **800. Geburtstag** gefeiert. An diesem Abend standen insbesondere die Urkunde der Ersterwähnung vom 4. November 1213, die Entstehung, ihre Geschichte und die Zeit des Mittelalters im Mittelpunkt. Mit der Festveranstaltung geht das Jubiläumsjahr allmählich zu Ende. Zum letzten Orgelkonzert in der Probsteikirche am 28. Dezember wird Musik von Kurt Weill zu hören sein. Herr Koschig dankte allen Akteuren, die dieses Jubiläumsjahr mit unterschiedlichen Veranstaltungsformaten, vom Volksfest bis zu wissenschaftlichen Kolloquien mit Ausstellungen bereichert haben.

Vielleicht werde die Weihnachtspost zum Versenden der Jubiläumsmaterialien genutzt. Sehr zu empfehlen sei als Weihnachtsgeschenk der Band 2 der Stadtgeschichte „Dessau im 20. Jahrhundert“ von Dr. Bernd Ulbrich.

E-Books werden in Deutschland immer öfter verkauft. Elf Prozent der Bundesbürger lesen bereits digitalisierte Bücher. Immer mehr Leser schätzen die Vorteile von E-Books und elektronischen Zeitungen oder Zeitschriften. Gegenwärtig erwerben und finanzieren 27 Bibliotheken unseres Bundeslandes das Medienangebot eBooks, eAudios und ePaper gemeinsam; die Kunden jeder einzelnen Bibliothek haben die Möglichkeit, alle Angebote von der Website ihrer Bibliothek für eine Nutzung mit entsprechenden Ausleihfristen herunterzuladen. Der Zugang erlischt automatisch nach Ablauf der Frist, so dass die in den Bibliotheken üblichen Versäumnisgebühren entfallen. Auch Vormerkungen sind möglich. Zurzeit stehen knapp 16.000 Medien zur Ausleihe zur Verfügung, täglich werden es mehr. Am 25. Oktober startete nun auch die Anhaltische Landesbücherei Dessau mit der Freischaltung des Zugangs für alle Leserinnen und Leser auf der Plattform www.biblio24.de.

Im Sommer wurde das **LEADER-Vorhaben** „Aufwertung Kirchenumfeld Großkühnau“ realisiert. Im Rahmen der Hubertusmesse fand die feierliche Übergabe des neuen Kirchenumfeldes in Großkühnau am 10. November 2014 statt. Veranstalter waren der Ortschaftsrat Großkühnau und der Heimat- und Traditionsverein Großkühnau e. V. und auch die Kirchengemeinde.

Am 30. November wird das Bürgerhaus in Mosigkau eingeweiht. Das ist nur dank eines unschätzbaren ehrenamtlichen Engagements möglich. Herr Koschig dankte allen Akteuren in Kühnau wie in Mosigkau für Elan und Ausdauer.

An dieser Stelle verwies **Herr OB Koschig** auf die schriftlich ausgereichten **Berichte** über das **Baugeschehen,** die **Ausführung der Beschlüsse** sowie den **Hochwasserbericht.**

Am Montag, 21. Oktober, saßen wir erstmals gemeinsam mit Repräsentanten der **regionalen Stiftungslandschaft** zusammen, um Möglichkeiten einer künftigen Zusammenarbeit auszuloten. Die Kommune möchte zukünftig gemeinsam mit lokalen Stiftungen Bildungsthemen bearbeiten. Die Organisation und Koordination kann noch bis August 2014 durch Mitarbeiter des Bundesprogramms „Lernen vor Ort“ getragen werden und soll im Anschluss Aufgabe des zu errichtenden Bildungsbüros sein.

Kultusstaatssekretär Dr. Jan Hofmann eröffnete am Mittwoch, 23. Oktober 2013, im Kultusministerium eine Ausstellung zum **Programm „Lernen vor Ort“** unter dem Titel „Gemeinsam wachsen – Bildungslandschaft Dessau-Roßlau“. Die Ausstellung ist noch bis zum 18. Dezember 2013 im Kultusministerium zu sehen.

Vom 11. bis 13. Oktober 2013 fand die erste **"Triennale der Moderne"** in Dessau-Roßlau statt. Das Wochenende war ein voller Erfolg und erwies sich als Publikumsmagnet, der rund 2.000 Besucher anzog. Ein besonderer Höhepunkt war der Vortrag des amerikanischen Architekten Daniel Libeskind, der in seinem einstündigen Vortrag eindringlich verdeutlichte, wie sehr ihn das Bauhaus anregte. Über 500 Besucher waren in das Bauhaus gekommen. Zu den Gästen der Triennale der Moderne gehörten auch 28 internationale Journalisten und Reiseveranstalter, die Dessau-Roßlau während einer Studienreise der Deutschen Zentrale für Tourismus besuchten und von den Touristikern der Stadt betreut wurden. Zu den Jubiläen „90 Jahre Bauhaus Dessau“ im Jahr 2016 und „100 Jahre Hochschule für Gestaltung Bauhaus“ im Jahr 2019 wird die "Triennale der Moderne" in den drei Bauhausstädten Weimar, Dessau, Berlin fortgesetzt.

Unser Amt für Wirtschaftsförderung hat den Auftrag erhalten, im kommenden Jahr für die Stadt Dessau-Roßlau und die Region ein **Tourismuskonzept** zu erstellen. Ziel des Konzeptes soll die Entwicklung einer Gesamtstrategie mit der Ableitung von Handlungsempfehlungen hinsichtlich neuer Produktstrukturen sowie kurz-, mittel- und langfristige Marketingmaßnahmen im Tourismus sein, um eine steigende touristische Nachfrage für Stadt und Region zu initiieren, die Aufenthaltsdauer der Gäste zu steigern und somit die touristische Wertschöpfung vor Ort zu erhöhen. Weiterhin sollen die abgeleiteten Handlungsempfehlungen eine optimale touristische Vermarktung der anstehenden Bauhausjubiläen in den Jahren 2016 und 2019 ermöglichen.

Infolge des **Juni-Hochwassers 2013** gab es auf dem Spendenkonto der Stadt 551 Spendeneingänge in einer Gesamthöhe von 86.958,58 EUR. Insgesamt lagen 167 Anträge von Betroffenen mit einer Gesamtschadenshöhe von 827.000 EUR vor.

Die Verteilung der Spenden durch die Kommission erfolgte
- an Gewerbetreibende in einer Gesamthöhe von 14.949,21 EUR,
- an Besitzer von Wohngebäuden in einer Gesamthöhe von 15.700,60 EUR,
- an Vereine in einer Gesamthöhe von 17.391,57 EUR,
- an Gartenbesitzer in einer Gesamthöhe von 38.917,00 EUR.

Zur nunmehr abgeschlossenen Spendenverteilung ist allen Spendern besonderer Dank für die zahlreichen Spenden auszusprechen.

Gleichfalls besonderer Dank gebührt den Mitwirkenden der Spendenkommission, den Vertretern des Caritasverbandes, Herrn Tretschok, des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, Frau

Nickel, und insbesondere des Stadtverbandes der Gartenfreunde e. V., Herrn Ludolf. Durch sie konnte angeregt werden, Anträge Betroffener aus dem Spendenaufkommen der Wohlfahrtsverbände zu berücksichtigen bzw. Härtefälle aus dem Schadensaufkommen der Kleingärten zu erkennen. Momentan läuft noch ein Antrag auf Umwidmung von Lottomitteln zur Unterstützung der Beräumung aufgegebener Kleingärten im Überflutungsgebiet.

Zur **Energieavantgarde Anhalt** zitierte Herr OB Koschig aus einem Brief von Herrn Prof. Oswalt. Er schreibt:

> „Mit einem erfolgreichen landesweit beachteten Kolloquium und einer abschließenden Beratung der Steuerungsgruppe, in der die Stadt Dessau-Roßlau durch Frau Dr. Kegler vertreten ist, ging Ende Oktober die erste Arbeitsphase des Projektes „Energieavantgarde Anhalt“ zu Ende. Ich nehme diese Gelegenheit zum Anlass, Ihnen recht herzlich für die Unterstützung zu danken, die das Projekt in finanzieller wie personeller Hinsicht durch Sie und Ihre Mitarbeiter erfahren hat.
>
> Das einmütige Urteil der Steuerungsgruppe lautete, dass dank der konstruktiven Zusammenarbeit vieler Partner in der Region ein größerer Projektfortschritt erzielt werden konnte als noch vor Jahresfrist absehbar war. Auf der Haben-Seite steht ein gefestigter Kooperationsverbund, der sich bereits intensiv auf die nächste Arbeitsphase vorbereitet. Diese zielt auf die Etablierung eines regionalen Stromsystems, mit dessen Hilfe zu vertretbaren Preisen Strom aus erneuerbaren Quellen in der Region produziert und verbraucht werden soll. Großen Anteil an diesen Fortschritten hatten die Stadtwerke Dessau mit ihrem unermüdlichen Geschäftsführer Thomas Zänger. Sein Wissen und seine Kooperationsbereitschaft haben den Prozess weit vorangetrieben. Gute Ergebnisse konnten auch für Ferropolis erzielt werden.
>
> Das dritte Ziel des Projektes, einen Beitrag zur Identitätsstärkung und Imagebildung zu leisten, wurde ebenfalls bedient. Die Route Kohle, Dampf, Licht, Sehen wird einige neue Stationen zur Energiezukunft erhalten.“

Herr OB Koschig denke, man könne auf diesen Fortschritt in dem Projekt sehr stolz sein und es macht mittlerweile über die Grenzen der Region schon Furore. Es bleibt aber ein sehr ambitioniertes Projekt.

Am 10. Oktober 2013 fand das **55. Konzert ZDF@bauhaus** statt. Ein Format, was unsere Stadt und vor allem auch das Bauhaus in den Medien sehr bekannt macht. Dazu wurde zu einer kleinen Veranstaltung eingeladen. Die nächste Konzertreihe mit dem 60. Konzert wird am 28. Mai 2014 stattfinden. Dazu werden Einladungen erfolgen.

Am 19.10. fand während des Herbstballs des Männerchores Roßlau die **Ehrung von Stadtmusikdirektor Willy Dreibrodt** mit dem Eintrag ins Ehrenbuch der Stadt anlässlich seines 50-jährigen Jubiläums als musikalischer Leiter des Männerchores Roßlau statt.

Am 9. Oktober hatte das **11. Ballturnier des 1. TSC 1961 Dessau** wieder großen Erfolg zu verzeichnen, was auch auf den **Rotary-Ball** am 2. November zutrifft, der zum ersten Mal als Opernball gefeiert wurde.

Der Monat November ist ein besonderer Monat des Gedenkens. Am 10. November wurde in der Marienkirche und anschließend an der Stele am Standort der ehemaligen Synagoge der **75. Wiederkehr der schrecklichen Pogromnacht** vom 9. November 1938 gedacht. Herr Koschig dankte Jana Müller sowie dem AJZ, den Jugendlichen unserer Stadt vom Theaterjugendklub, dem Jugendtreff der Probstei von St. Peter und Paul und der Evangelischen Jugend Dessau für ihr Engagement in der Vorbereitung und Durchführung. Es war eine würdige Veranstaltung und dank der von den Jugendlichen gestalteten Steine haben unsere 149 Opfer des Holocaust und ihr Gedenken einen Namen.

Eine **Einladung** sprach Herr OB Koschig zu den Gedenkstunden und Kranzniederlegungen anlässlich des **Volkstrauertages** am 17. November 2013 aus. Der Treffpunkt ist 11.30 Uhr auf dem Friedhof III in Dessau-Süd und bereits 11.00 Uhr am Eingang Berliner Straße von Friedhof II in Roßlau.

Abschließend wies Herr Koschig darauf hin, dass der **Dessauer Weihnachtsmarkt** am Montag, 25. November, um 17.00 Uhr eröffnet wird.

4.2 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr Oberbürgermeister Koschig gab folgende am 9. Oktober 2013 gefassten Beschlüsse bekannt:

- Übertragung der Meisterhäuser auf die Stiftung Bauhaus Dessau;
- Aufhebung eines Beschlusses zur Vergabe eines Objektes in Erbbaurecht;
- Infrastrukturmaßnahmen im BioPharmaPark Dessau.
- Die Eilentscheidung des Oberbürgermeisters zur Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe Touristisches Infrastrukturvorhaben „Besucherinformation Bauhausorte und Bauhausbauten“ wurde zur Kenntnis genommen.

5 Einwohnerfragestunde

Herr Ginskey, wohnhaft Alte Leipziger Str. 13, 06849 Dessau-Roßlau, verlas ein Antwortschreiben von Herrn Zagrodnik, Städtisches Klinikum Dessau, zu seinem in der Stadtratssitzung am 14.03.2012 unterbreiteten Vorschlag, ein MVZ im ehemaligen Lehrlingswohnheim des RAW in Dessau-Süd unterzubringen.

In diesem Schreiben wurde darauf verwiesen, dass sich der Stadtrat für eine Lösung direkt im Innenstadtbereich ausgesprochen hat, weshalb der von Herrn Ginskey unterbreitete Vorschlag aufgrund der dezentralen Lage geringe Chancen haben wird.

Herr Ginskey stellte fest, dass man auf höherer Ebene an die Sache herangehen könnte, wofür Herr Oberbürgermeister Koschig und Herr Kolze zuständig wären.

Herr Oberbürgermeister Koschig sagte entsprechende Informationen zu.

6 Öffentliche Anfragen und Informationen

6.1 Kurzanalyse der Ursachen für die Ergebnisse der Jahresrechnung 2011 im Haushaltsvergleich Vorlage: IV/039/2013/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.2 Stadt Dessau-Roßlau - Verwaltungshaushalt Jahresrechnung 2011 Feststellung des Ergebnisses Vorlage: BV/277/2013/II-20

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

6.3 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bezog sich auf das Förderprogramm „Aktiv zur Rente“. Die Landesregierung beabsichtigt ein Förderprogramm aufzulegen, wozu eine Beratung stattgefunden hat, zu der auch die Stadt Dessau-Roßlau eingeladen war. Er fragte, ob die Stadt sich beteiligen möchte und ob es Überlegungen bzw. Kontakte zum Jobcenter zu dieser Thematik gibt.

Zuständig sei hier der Beigeordnete für Soziales, Herr Dr. Raschpichler, welcher heute nicht anwesend sei, merkte **Herr OB Koschig** an. Man sei aber grundsätzlich für solche Aktivitäten offen. Er bat Frau Paesold, Leiterin des Amtes für Soziales und Integration, um diesbezügliche Ausführungen.

Frau Paesold legte dar, die Stadt Dessau-Roßlau und das Jobcenter haben an der angesprochenen Beratung teilgenommen und von diesem Programm auch Kenntnis. Die Abstimmungsprozesse laufen noch. Wenn Herr Dr. Raschpichler aus dem Urlaub zurück ist, werde eine konkrete Beantwortung erfolgen.

Auf seine bereits gemachten Ausführungen verwies **Herr Dr. Neubert, FDP-Fraktion.** Das, was sich hier ereignet hat, betrachtet er als einen Skandal. Es gebe in Sachsen-Anhalt und in der weit über die Grenzen unseres Landes hinaus gehenden Presse und auch international echauffierende Reaktionen, was hier in dieser Stadt an der Stiftung Bauhaus mit der Nichtwiederbestellung des derzeitigen Amtsinhabers angerichtet wird. Das spiele offensichtlich für die Stadträte keine Rolle. Es gebe in gleiche Richtung und mit gleichem Tenor zielende Äußerungen des Freundeskreises des Bauhauses mit Professor Stölzel an der Spitze. Es gibt eine genauso kritische Äußerung des Direktors der Akademie der Künste und es gibt den Hinweis, dass der Wissenschaftliche Beirat des Bauhauses, der eigens für solche Entscheidungen gebildet worden ist, gedenkt, geschlossen zurückzutreten, wenn das Land so verfährt, wie es verfährt.

Der Tenor sei in allen Fällen der gleiche. Man solle Philipp Oswalt die mit Bravour angefangene Aufgabe im Interesse der Stadt, des Landes, von Deutschland anlässlich des internationalen Jubiläums fortführen lassen. Der größte Profiteur einer solchen Entwicklung wäre die Stadt, die Stadt, für die zu handeln wir aufgerufen sind, für die zu handeln, wir uns haben wählen lassen.

Herr Dr. Neubert verwies darauf, dass es nicht darum geht, hier die Entscheidung zu treffen. Für diese Aufgabe gibt es eindeutige rechtliche Rahmenbedingungen. Der Stiftungsrat bestellt den Direktor, er kann ihn wiederbestellen und es gibt Fristen und rechtliche Möglichkeiten, auch gewisse Fristen zu dehnen. Das sei jedem bekannt, der es denn wissen möchte. Wer es nicht wissen möchte, kann eigentlich nicht verantwortungsvoll handeln und zwar nur dadurch, dass man eine Empfehlung, einen Appell, an den Stiftungsrat richtet, nicht mehr und nicht weniger. Dies werde hoch emotional und vermeintlich sachlich abgerundet zu einer Personalangelegenheit hochstilisiert, die es überhaupt nicht ist, sondern es wäre eine politische Willensbekundung dieser Stadt, um unter den gegebenen Verhältnissen einen Prozess, der schon jetzt Erfolge zeigt, erfolgreich zu Ende führen zu können. Dass genau das möglicherweise an einem fehlenden Votum dieser Stadt scheitern sollte, wäre eine Tragödie.

Hier entsteht nicht nur der Verdacht, hier entsteht die Gewissheit, dass eine große Koalition, in dem Fall aus CDU und SPD bestehend, Schaden von sich selbst, nicht aber von der Stadt und ihren Handlungsträgern abwenden will, von der Stadt, vom Land oder von Deutschland. Diese große Koalition, die in ihrer Gesamtheit das Land regieren und unser Land regierend auch für andere Missstände, die unsere Stadt ereilen werden, Verantwortung trägt, hier sage er nur das Stichwort Theater, bekommt in dieser Stadt bei diesem Thema von so zentralem Interesse für die Stadt, die Unterstützung einer Fraktion, die sich Pro Dessau-Roßlau nennt. Diese verhilft damit der großen Koalition über die Hürde einer Mehrheit, was im gegebenen

Kontext den Namen der Fraktion höchst fragwürdig erscheinen lasse. Das sollte hier nicht ungesagt bleiben.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, verwies ausdrücklich darauf, dass der Tagesordnungspunkt zu diesem Thema abgesetzt wurde. Es könne nicht über die Hintertür „Anfragen und Informationen“ zu einer Diskussion darüber kommen, was abgesetzt wurde. Das lasse er nicht zu.

Herr Weber, CDU-Fraktion, merkte an, vor einigen Jahren die Betreuung eines geistig behinderten Menschen übernommen zu haben. Dieser sei jetzt nach 2 Jahren in Beschäftigung wieder arbeitslos geworden. Ein ehrenamtlicher Betreuer müsse neben seiner Arbeit im Auftrag des Gerichtes für eine solche Person Wege erledigen und Herr Weber habe mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter eine Erfahrung gemacht, die er heute darlegen wolle.

Es begann damit, dass er die Arbeitslosigkeit angezeigt und mit den notwendigen Papieren persönlich bei der Agentur für Arbeit abgegeben hat. Nachdem er 5 Wochen nichts hörte, habe er dort angerufen. Es wurde ihm mitgeteilt, dass das kein formeller Antrag war und man ihn nicht bearbeitet hat. Nun war er nach 5 Wochen bei der Agentur für Arbeit und wollte einen Antrag zum Ausfüllen haben, bekam ihn aber nicht und musste einen Termin machen, damit er überhaupt erst einmal einen Antrag bekommt.

Dann hat er den Antrag und muss wieder hin und ihn abgeben. Nachdem er den Antrag abgeben konnte, stellte sich heraus, dass das Arbeitslosengeld nicht ausreicht und zusätzlich eine Aufstockung benötigt wird. Er ging dann ins Jobcenter und bekommt dort gesagt, er müsse einen Termin haben um einen Antrag zu bekommen. Er hat dann den Termin wahrgenommen und diesen Antrag erhalten. In einem weiteren Termin hat er den Antrag persönlich abgeben müssen. Es sei aber immer noch nichts berechnet, was heißt, dass der junge Mann seit mehr als 8 Wochen ohne jegliches Geld ist.

Herr Weber habe wenigstens die Möglichkeit, das hier anzusprechen. Es gebe aber hunderte Menschen, die auch solche formalistischen Probleme haben. Er empfinde es auch als unglaublich, einem bestellten Betreuer das gleiche Nummernziehen abzuverlangen. Er werde in den nächsten Wochen nicht ablassen, dafür andere Verfahrenswege zu erhoffen und anzuregen, weiß aber nicht, ob er sich da umsonst Mühe macht. Das solle Herrn Dr. Raschpichler ausgerichtet werden, denn er hofft auf seine Unterstützung.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, verwies darauf, dass vor zwei Jahren ein Integrationsbeirat berufen bzw. auf den Weg gebracht wurde. Man stehe gut ein halbes Jahr vor der Neuwahl des Stadtrates und er bat darum, einen Bericht über die Arbeit vorgelegt zu bekommen. Es sollte ein Bericht sein, der die Tätigkeit der Integrationsbeauftragten umfasst. Mit der Vorlage sollte man in der Lage sein abzuschätzen, ob sich Änderungen im Beirat oder der Beauftragten nötig machen, ob eine andere Arbeitsrichtung anzuschieben ist, bevor ein neuer Stadtrat neu anfangen muss. Spätestens im März sollten diese Berichte vorgelegt werden, um zu sehen, welche Konsequenzen sich daraus ergeben.

Der Auftrag werde angenommen, entgegnete **Herr Oberbürgermeister Koschig** und ergänzte, dass die anderen Beiräte, sofern sie nicht schon berichtet haben, ebenfalls noch vor Ende der Wahlperiode berichten**.**

7 Beschlussfassungen

7.1 Beschluss über die Anzahl und die Einteilung der Wahlbereiche für die Stadtratswahl 2014 Vorlage: BV/338/2013/I-OB

Auf die im Haupt- und Personalausschuss beschlossene und so hier eingereichte Änderung des Beschlussvorschlages ging **Herr Dreibrodt, SPD-Fraktion,** ein. Vom Oberbürgermeister

war zuvor die Halbierung der Anzahl der Wahlbereiche von 6 auf 3 und damit die Verdopplung der jeweiligen Größe beabsichtigt worden, was bürger- und wählerunfreundlich sei. Kommunalwahlen seien Personenwahlen. Die Wähler wollen sich im Stadtrat von Personen vertreten sehen, die möglichst aus ihrem Wohnumfeld kommen, weil sie um ihre Sorgen wissen, denen sie vertrauen und die ihnen bekannt sind. Das Kommunalwahlgesetz des Landes Sachsen-Anhalt werde diesem Anliegen gerecht und ermöglicht genau aus diesem Grund, Wahlbereiche selbst zu definieren. Mehr Wahlbereiche sind besser als wenige und kleine Wahlbereiche sind besser als große. Gemeinden ab 3.000 Einwohner können Wahlbereiche bilden und für kreisfreie Städte wird die Bildung von mehreren Wahlbereichen sogar vorgeschrieben. Die Mindestgröße eines Wahlbereiches beträgt 1.500 Einwohner und die Differenz ihrer Größe solle +/- 25 % nicht überschreiten. Dessau-Roßlau folge den gesetzlichen Intentionen und Vorgaben bestens. Die Aufteilung in die bisherigen 6 Wahlbereiche habe sich bewährt, ist bürger- und wählerfreundlich und auch freundlich zu den Kandidaten, die sich für eine Wahl in das Ehrenamt eines Stadtrates zur Verfügung stellen. Dabei sollte es bleiben.

In der Begründung zur Beschlussvorlage des Oberbürgermeisters werde nur als Erklärungsversuch angedeutet, eine geringmögliche Abweichung der Einwohnerzahl erhöhe die Chancengleichheit der Kandidaten. Dies sei offensichtlich konstruiert und an den Haaren herbeigezogen. Die Reduzierung der Kandidaten einer Partei von 72 bei 6 Wahlbereichen auf 60 bei 3 Wahlbereichen, wäre eine Schlechterstellung für die Kandidaten und eine Einschränkung der Auswahl für den Wähler. Da auch nicht wirklich Kosten gespart werden könnten, brächte der Änderungswunsch des Oberbürgermeisters unterm Strich keinen einzigen Vorteil, sondern nur Nachteile für unsere Bürger.

Die Vermischung von städtischen und dörflichen Bereichen, wie sie in der letzten Sitzung des Haupt- und Personalausschusses beklagt wurde, sei weder mit 3, 6, 7 oder 8 Wahlbereichen zu vermeiden. Dass der innerstädtische Bereich im Rat unterrepräsentiert ist, heilt keine noch so ausgeklügelte Wahlbereichsteilung. Die Gründe dafür seien vielschichtig. Dessau-Roßlau ist historisch gewachsen und davon gekennzeichnet, dass es als kleines früheres Residenzstädtchen immer wieder durch Zwangseingemeindungen und Eingliederungen ein gewisses Maß an Größe erlangen konnte. Es sei müßig darüber zu streiten, ob Dessau-Roßlau nun ein städtisches Dorf oder doch eine wirkliche Stadt ist. Lieben wir unsere Stadt nicht trotzdem, vielleicht auch genau deshalb, fragte **Herr Dreibrodt** abschließend.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, man könne das auch genau andersherum sehen, was man auch tue. Es bleibe zu überlegen, wie man möglichst gerecht Wahlkreise einteilen und zu einer möglichst intensiven Wahlbeteiligung kommen könnte. Das sei nicht nur über die Einteilung in Wahlbereiche zu erreichen, es könnte aber ein kleiner Schritt dahin sein.

Das letzte von Herrn Dreibrodt angesprochene Problem wolle man mit dem **Änderungsantrag** aufgreifen, **3 Wahlbereiche** für die Stadt zu bilden. In einem sind alle Randbereiche einschließlich Roßlau zusammenzufassen, die Innenstadt in einem Bereich und innerstädtisch Süd in einem dritten.

Das sei in etwa ein ausgeglichenes Wählerverhältnis in den 3 Bezirken und würde genau die Problematik, dass die Innenstadt so schlecht vertreten ist, ein Stück aufbrechen. Seines Erachtens sollte die Stadt so deutlich dargestellt sein, dass jeder Wähler jeden wählen kann, den er möchte. Nach dem Modell mit 6 Wahlkreisen, können $^5/_6$ der Kandidaten von den Wählern nicht gewählt werden.

Der Auftrag an die Stadträte sei, die ganze Stadt im Blick zu haben und sich nicht darauf zurückzuziehen, dass wir etwa die Bürger unseres Wahlkreises oder Wahlbereiches oder sie uns kennen. Das geschehe am besten, indem aus möglichst vielen Bereichen auch Kandidaten im Stadtrat ihren Sitz erhalten. Deshalb werde der Änderungsantrag gestellt. Man habe eine Aufteilung von 32 bis 34 %, was eine gute Größenordnung sei. Damit könne mehr Demokratie in der Stadt erreicht werden. Mit der Anzahl der Kandidaten, die aufgestellt werden

können, erreiche man ein gutes Spektrum. Viele Wahlbereiche seien gut für große Wählergruppen oder Parteien, weil sie darüber stärker zum Zuge kommen.

Die **Fraktion Die Linke** habe sich für die 6 Bereiche ausgesprochen, erklärte **Herr Schönemann.** Sie habe auch den Antrag für die Beibehaltung von 6 Bereichen im Ausschuss gestellt, was Herr Schönemann als Korrektur der Aussage in der Mitteldeutschen Zeitung anmerkte.

Man sehe auch den innerstädtischen Bereich in seiner Präsentation im Stadtrat bedingt vertreten. Jedoch bestehen entsprechend der Gemeindeordnung Möglichkeiten, ein Gremium in der kommenden Legislaturperiode zu schaffen, wo der einzelne Stadtrat wieder vor seiner eigenen Eingangstür stärker präsent sein kann. Ein solches Instrumentarium wäre ein Stadtteilausschuss, der ähnlich wie ein Fachausschuss zu spezifischen Fragen des Quartiers gefragt ist und auch Entscheidungen treffen kann. Der Vorstellung der Fraktion entsprechend, könnten Berufene Bürger des jeweiligen Wahlbereiches in entsprechender Anzahl hinzugezogen werden. Insofern werde das Interesse des Einzelnen geweckt, neben und zwischen den Wahlen in einem solchen Gremium mitzuwirken. Das sehe er als unmittelbare Beteiligung der Bevölkerung an demokratischen Prozessen. Dieser Rat sei aufgrund seiner Vielschichtigkeit und der Interessenslagen in der Komplexität der Vielschichtigkeit fast nicht zu führen. Das habe damit zu tun, dass es zu viele kleine Gruppierungen gibt, die in irgendeiner Art und Weise in Sachfragen sicher Interessen vertreten, aber ein komplexes, vollständiges Politikangebot vermissen lassen. Das könne nicht die Zukunft sein. Es gehe darum, starke Gruppierungen zu bilden, die in der Lage sind, die Fragen dieser Stadt auch in Zukunft zu beantworten. Das schaffe man nicht mit weiterer Zersplitterung.

Die Aussagen von Herrn Dreibrodt bezüglich der Finanzen könne er so nicht im Raum stehen lassen, betonte **Herr Oberbürgermeister Koschig.** Die Varianten wurden dargestellt, insofern habe nicht nur der Haupt- und Personalausschuss sondern auch der Stadtrat ein Wahlrecht, denn er entscheidet über die Vorlage. Sein Vorschlag, 3 Wahlbereiche zu nehmen, folge finanziellen Gesichtspunkten, denn es sei ein Unterschied, ob 80.000 Stimmzettel mit 6 verschiedenen Vorschlägen oder mit 3 verschiedenen Vorschlägen gedruckt werden müssen. Es sei auch ein Unterschied, ob man 8 Briefwahlvorstände oder 5 für die Europawahl und Oberbürgermeisterwahl (3+5) habe.

Herr Koschig appellierte an die Mitglieder des Stadtrates, sich bei dieser Wahl intensiv darum zu bemühen, viele WahlhelferInnen zu finden, denn bei der vergangenen Bundestagswahl kam von den politischen Parteien so gut wie keine Meldung. Man wird für den kommenden Wahltermin mehr Helferinnen und Helfer brauchen, weil die Stadträte, die in der Kommunalpolitik und in den Wahlvorständen sehr aktiv sind, nicht mehr in den Wahlvorständen sitzen können, weil sie ja Kandidaten sind.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, erwiderte, der Hinweis bezüglich des Papiers sei etwas lächerlich. Er wolle der Stadtverwaltung zwar nicht unterstellen, wie viel Papier jedes Jahr verschwendet wird, aber das seien Peanuts gegenüber dem, was Herr Dreibrodt und Herr Schönemann gesagt haben.

Herr Weber, CDU-Fraktion, bedankte sich bei Herrn Schönemann, weil die CDU-Fraktion 1999 eine Änderung der Ortschaftsratsverfassung vorgeschlagen hat. Dass jetzt nach diesen vielen Jahren die Reife eintritt, dass auch er diese Änderung aufgreifen möchte, freue ihn ungemein.

Der **Änderungsantrag** der Fraktion Bürgerliste/Die Grünen zur **Bildung von 3 Wahlbereichen** wurde mehrheitlich **abgelehnt** (07:32:00).

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 32:06:01

7.2 Stadt Dessau-Roßlau
Vermögenshaushalt Jahresrechnung 2011
Feststellung der zu bildenden bzw. zu übertragenden Haushaltsausgabereste
Feststellung des Ergebnisses
Vorlage: BV/273/2013/II-20

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.3 Kalkulation der Friedhofsgebühren für den Zeitraum 2014 - 2016
Vorlage: BV/213/2013/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 38:00:01

7.4 Änderung der Friedhofsgebührensatzung für die kommunalen Friedhöfe der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/215/2013/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.5 Erhöhung des Pflegezuschusses für Kriegsgräber und öffentliches Grün auf Friedhöfen
Vorlage: BV/222/2013/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 38:01:00

7.6 Änderung der Benutzerordnung für die Nutzung der Abfallentsorgungsanlage der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/201/2013/II-EB

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 39:00:00

7.7 Anwendung der Straßenausbaubeitragssatzung der Stadt Dessau-Roßlau
Vorlage: BV/134/2013/VI-60

Er habe eine Einführung in die Vorlage seitens des zuständigen Beigeordneten erwartet, merkte **Herr Rumpf, CDU-Fraktion,** an und erläuterte die Sachlage in Rodleben. Hier war eine Straße gebaut worden unter der Prämisse, dass es die wiederkehrende Straßenausbaubeitragssatzung gibt. Dementsprechend wurden die Bürger

beteiligt und der anstehende Straßenbau so durchgeführt. Hätte damals die Straßenausbaubeitragssatzung mit einmaligen Beiträgen zur Anwendung gestanden, wäre von der DESWA nur der Wiederverschluss der Straße nach dem Verlegen der Leitungen gefordert worden. Nunmehr wurde die Satzung als solche vom Gericht nicht moniert, aber das Beitragsgebiet infrage gestellt und damit die Beitragsberechnung als unwirksam erklärt.

Das Rechtsamt der Stadt habe im Ortschaftsrat Rodleben und in verschiedenen Ausschüssen erklärt, dass es mehrere Möglichkeiten der Heilung gibt, die Verwaltung sich aber dafür entschieden habe, die einmalige Straßenausbaubeitragssatzung zur Anwendung zu bringen, die wiederkehrende aufzuheben und für die Ortschaft Rodleben und Brambach auch die einmalige anzuwenden. Für die Zukunft stelle sich dies nicht als Problem dar. Allerdings könne durch diesen Beschluss, so wie er vorliegt, die einmalige Satzung nicht nur für die Zukunft angewendet werden. Für die Vergangenheit existiert dann auch keine Satzung mehr, die Beiträge, die schon erhoben wurden, würden zurückgezahlt und die Bürger der Heidestraße zu dem 10fachen, so wurde es seitens der Verwaltung bestätigt, rückwirkend belastet werden.

Aus diesem Grund könne er im Namen der Ortschaft dieser Satzung so nicht zustimmen. Es müsse eine andere Lösung gefunden werden. Als die Satzung im Umlauf war, wurde sie von den Ausschüssen zurückverwiesen mit der Bitte um Überarbeitung. Die Verwaltung habe die Vorlage zwar geändert, aber nur in dem Absatz, wo definiert wurde, dass die Satzung mit einmalig zu erhebenden Beiträgen rückwirkend in der Heidestraße anzuwenden ist. Dieser Absatz wurde ersatzlos gestrichen. Das bedeutet, wenn die Verwaltung laut Landesgesetz verpflichtet ist, Beiträge zu erheben, wird diese Satzung rückwirkend angewendet. Deshalb werde er nicht zustimmen.

Er hätte sich nach der Rückverweisung der Vorlage einen konstruktiveren Beitrag bei der Wiedereinreichung gewünscht und müsse deshalb dem Ortschaftsrat beipflichten, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke.** Die Fraktion werde der Vorlage heute nicht zustimmen, sondern wolle die **Vorlage zurückverweisen**, um nach einer qualifizierten Lösung zu suchen. Um jeden Preis Gesetzeskraft durchzusetzen wäre Unrecht.

Herr Weber, CDU-Fraktion, stellte im Namen der Fraktion folgenden **Änderungsantrag:**

- Unter Punkt 3 des Beschlussvorschlages soll das Wort *„angewendet“* gestrichen und dafür eingesetzt werden “*für alle zukünftigen Straßenausbaumaßnahmen*“.
- Seite 4, Abs. 4 - Dieser Satz beginnt mit Aufhebung der Bescheide und zinslose Rückerstattung. Dort soll ergänzt werden „*mit Ausnahme der bereits geleisteten Beiträge der Anlieger der Heidestraße Rodleben“*
- Auf der Anlage 2 Erstreckungssatzung § 2 ist hinter dem Wort Ortschaften hinzuzufügen „*für alle zukünftigen Straßenausbaumaßnahmen*“.

Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, merkte an, er habe die Beschlussvorlage so interpretiert, dass im Punkt 3 das Wort „fortan“ so zu lesen ist, dass eine Veranlagung zu Ausbaubeiträgen nicht mehr infrage kommt. Er sage das, weil die Maßnahme als solche abgeschlossen, aber noch nicht bis zum Ende abge-

rechnet ist. Wenn hier erklärt werde, dass das nicht der Fall ist, würde er die Änderungsanträge unterstützen.

Die Einigung der Bürger sei unter anderen Voraussetzungen zustande gekommen und könne jetzt nicht nachträglich durch ein solches Verfahren geheilt werden. Wenn also diese Satzung, die damals in Rodleben als eigenständige Ortschaft beschlossen wurde, nicht in Geltung gebracht werden kann, könne das nur heißen, dass keine Beiträge in der Ortschaft für diese Maßnahme erhoben werden können. Wenn das mit den Formulierungen im Punkt 3 nicht vollständig abgedeckt sein sollte, was er bitte zu erklären, würde sich die Fraktion entsprechend verhalten.

Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bedauerte, dass keine Stellungnahme der Verwaltung abgegeben wurde. Im Finanzausschuss sowie im Haupt- und Personalausschuss wurde die Vorlage intensiv diskutiert. Die Problematik sei dort sehr deutlich geworden. Er gebe denjenigen Recht, die gesagt haben, es ist eine verfahrene Kiste. Das habe man sich nicht selber auf die Fahne zu schreiben, sondern es sei durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichtes aufgrund einer Klage eines Anwohners der Ortschaft Rodleben entstanden. Das Verwaltungsgericht hat die Entscheidung getroffen, dass diese Satzung nichtig ist und die Stadt könne auf der Grundlage dieser Satzung keine Beiträge erheben. An der Stelle werde auch der Antrag der CDU-Fraktion, wenn er eine Mehrheit finden sollte, vom Oberbürgermeister zwingend beanstandet werden müssen, da das Einbehalten der Beiträge aus der betroffenen Straße auch eine Rechtsgrundlage voraussetze. Diese Rechtsgrundlage fehlt. Insoweit sei der Änderungsantrag auch nicht zielführend.

Die Stadt sei verpflichtet, Beiträge für Straßenausbaumaßnahmen zu erheben. Fasst der Stadtrat einen Beschluss, der dazu führt, dass die Stadt diese Beiträge nicht erhebt und der Oberbürgermeister beanstandet diesen nicht, hat das eine Tragweite, wozu im Saalekreis schon einmal entschieden wurde. Es gab damals Ermittlungsverfahren, die gegen die dortigen Gemeinderäte auch mit entsprechenden Sanktionen geendet haben. Es ist festgestellt worden, dass sie sich gegenüber der Gemeinde schadenersatzpflichtig machten.

Das wolle **Herr Bönecke** hier keinem zumuten, weshalb er das hier auch noch einmal sagt. Er sei bereit, das Problem noch einmal zu diskutieren, vielleicht auch vom Landesverwaltungsamt eine andere Stellungnahme einzuholen oder was an der Stelle zu einem Ergebnis führt, aber rechtlich auf sicheren Füßen steht. Wenn wir heute abstimmen, beantrage er explizit die namentliche Abstimmung.

Auch wenn der Rechtsamtsleiter Zeichen gibt, dass er der gleichen Auffassung ist wie Herr Bönecke, beschließen wir heute eine rechtmäßige Satzung, betonte **Herr Weber, CDU-Fraktion**. Mit den Änderungsanträgen werde die Satzung rechtmäßig und auch für alle anderen Bereiche beschlossen, worin Einigkeit herrscht. In der Gemeinde Hohenthurm, wo es zu Regressforderungen gekommen ist, war es die Ablehnung einer Satzung überhaupt und dass man verzichtet hat, Beiträge zu erheben. Was wir hier mit diesen Änderungsanträgen tun, wäre lediglich, auf einer unrechtmäßigen oder nichtigen Satzung fußende, bereits eingenommene Beiträge einzubehalten. Hier würde er warten gemäß dem Motto „Wo kein Kläger, da kein Richter.“ Wir haben Beiträge erhoben und behalten diese dann auch. Herr Weber sei der Meinung, dass man damit durchkommen kann.

Um genau diesen Gegenstand verbindlich prüfen zu lassen und verbindlich beim nächsten Mal beschließen zu können, bleibe er bei dem Vertagungsantrag, erklärte **Herr Schönemann, Fraktion Die Linke**. Im Namen seiner Fraktion schloss sich **Herr Eichelberg, SPD-Fraktion,** diesem Vertagungsantrag an, weil man eine rechtliche Würdigung benötige, um dann auch sicher entscheiden zu können.

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, erläuterte, sich bewusst zurückgenommen zu haben, weil in den Ausschüssen eingehend dieses Thema reflektiert und die rechtliche Situation dargestellt wurde. Er sehe es auch so, dass es im Moment keinen Sinn macht, sich auf ein rechtlich unbestimmtes Feld zu begeben. Deshalb trete man dem Vorschlag bei, das Thema noch einmal vom Landesverwaltungsamt rechtlich prüfen zu lassen, so dass die Beschlussvorlage seitens der Verwaltung zurückgezogen wird.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, stellte fest, dass der Einreicher die Beschlussvorlage zurückgezogen hat, womit die Änderungs- und Diskussionsanträge hinfällig sind.

7.8 Kalkulation der Abwasserentgelte der Dessauer Wasser- und Abwasser GmbH (DESWA) für den Zeitraum 01.01.2013 bis 31.12.2015 als Bestandteil der Allgemeinen Bestimmungen für die Entwässerung und die Entgelte der DESWA GmbH (ABE)
Vorlage: BV/237/2013/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 37:00:00

7.9 Umgestaltung der Kavalierstraße (1. Bauabschnitt) zwischen Friedrichstraße und Friedrich-Naumann-Straße Grundsatzentscheidung und Festlegung der Arbeitsrichtung
Vorlage: BV/298/2013/VI-66

Herr Hantusch, Beigeordneter für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, erläuterte das Ziel des vorliegenden Beschlussvorschlages und wies auf die bekannten Rahmenbedingungen hin.

Die Stadt schrumpft um 1.000 Einwohner pro Jahr, was einen jährlichen Kaufkraftverlust in dieser Stadt von 17 Mio. € ausmacht, für den Einzelhandel sind es immer noch 5 Mio. € pro Jahr. Auch das Umfeld, d. h. die Landkreise schrumpfen teilweise sogar noch stärker als die Stadt. Ganz wesentlich sei, dass es in der Stadt Dessau-Roßlau einen 1,5-fachen Überbesatz an Verkaufsfläche pro Einwohner gibt. Anpassungen werden in Zukunft stattfinden, werden stattfinden müssen, Anpassung von Verkaufsfläche und auch Anpassung im Bereich Arbeitsplatzabbau.

Darüber hinaus haben wir eine natürliche Konkurrenzsituation mit der Region. Zurzeit ist diese Stadt noch Oberzentrum und hat noch eine gewisse Stärke. Wie vor 3 Jahren an dieser Stelle könne festgestellt werden, dass der Anpassungsprozess schon längst stattgefunden hat (Theater, darüber hinaus Justiz). Hier stelle sich die Frage, auf was man noch warten wolle. Überleben werde der Stärkere, derjenige, der rechtzeitig erkannt hat, wann die vorhandene Position und wie diese zu stärken ist. Die Einzelhändler in dieser Stadt, Filialisten und Einkaufszentren erwarten von der Verwaltung und den Stadträten die Schaffung von

Rahmenbedingungen, die es ihnen wiederum erlauben, Arbeitsplätze zu schaffen und zu erhalten.

Aus diesem Grunde setze man sich dafür ein, den Bereich zwischen Friedrichstraße und Friedrich-Naumann-Straße in einem ersten Bauabschnitt neu zu strukturieren. Ziel ist, den Verkehr über Zeitstufen erheblich zu reduzieren, um damit die Aufenthaltsqualität für Einwohner, Kunden und Gäste in Verbindung mit einer besseren Erreichbarkeit durch Reorganisation des ÖPNV zu erhöhen. In einer weiteren Stufe ist angedacht, die Bereiche Museumskreuzung und Neumarkt**(?)** einzubeziehen. Das Projekt sei gut aufgestellt, es wurde gut besprochen, auch unter Einbeziehung weiterer Akteure, wie die DWG und DVG.

In dem am 17. April 2013 im Alten Theater durchgeführten Bürgerforum, wurden unsere Absichten von den Bürgern und vom Handel außerordentlich positiv bewertet. Die Verwaltung wurde sogar ermutigt, diesen Weg konsequent weiter fortzusetzen. Die Bürger und der Handel erwarten von uns mehr als immer nur zu debattieren und zu verschieben, sie erwarten Umsetzung. Bereits im Jahr 2002 wurden vorhandene Planungen solange geschoben, bis sie nicht mehr umsetzbar waren. Heute seien es teilweise die gleichen Stadträte, die diesen Prozess noch einmal um 8 bis 9 Jahre aufhalten wollen. Dann hätte es 20 Jahre gedauert, bis es eine Aufwertung einer Straße und damit der Innenstadt gibt, was zu viel sei. Der Veränderungswillen der Bürger und des Handels, der hier Lebenden und Arbeitsplatzschaffenden solle respektiert und Tempoverluste vermieden werden.

Herr Hantusch appellierte an die sogen. Wirtschaftspartei CDU, mitzuhelfen, dass Änderungen erreicht werden, die dem Einzelhandel und damit auch der gesamten Innenstadt zugutekommen. Wenn wir anfangen, die Straße und die Innenstadt abzubauen, habe wir verloren. Zurzeit ist sie noch gut aufgestellt. Wenn man sich vorstelle, dass das Land an der Kavalierstraße im Stadtpark das Ausstellungszentrum baut und wir lassen die Straße wie sie ist, frage er, wer für diese Entscheidung für dieses Erscheinungsbild die Verantwortung übernehmen will. Die Zeit sei reif, weshalb er um Zustimmung zum Grundsatzbeschluss bittet.

Herr Weber, CDU-Fraktion, bemerkte, Herr Hantusch habe viele sehr richtige Sachen gesagt. Die Überlegungen der Stadt gehen in die richtige Richtung. Es gab aber die Aussage, nicht immer nur zu debattieren sondern umzusetzen. Es gab weitreichende Vorschläge für eine Innenstadtentwicklung, die das Büro Bankert und Lohde damals auch in den städtebaulichen Wettbewerb eingebracht hatte. Die Frage „Neuer Markt“ müsse noch diskutiert und an dieser Stelle ein Gesamtkonzept erstellt werden. Wenn jetzt ein so großartiger Architekt beauftragt wurde, der jetzt ein Museum bauen soll, müsse dieser in die Gesamtgestaltung einbezogen werden.

Die CDU-Fraktion habe auch immer klar gesagt, es sei zu früh, das konkret anzupacken, solange die Nordosttangente nicht fertig gestellt ist. Ob mit oder ohne Brücke stehe auf einem anderen Blatt, aber der Verkehr müsse zuerst von dieser Stelle weg und dann könne weiter etwas konkret umgesetzt werden. Die Planungen seien beispielhaft und weitreichend, aber mit diesem Tempo komme man nicht hin, was nichts mit Verhinderung zu tun habe. Man habe erst seit einigen Monaten eine neue Situation, seit die Standortfrage an diese Stelle verlagert ist. Erst müsse die Nordostumfahrung gemacht werden und dann könne man an dieser Stelle weiter machen. An Herrn Hantusch gewandt stellte Herr Weber klar, die CDU sei keine Wirtschaftspartei, sondern die letzte große Volkspartei.

Herr Hoffmann, Fraktion Die Linke und 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates, erklärte, ihn störe, dass immer auf Betriebswirtschaft fokussiert wird. Volkswirtschaft fehlt oft in der Betrachtung, was sich negativ in der Politik widerspiegelt. Die Stadtverwaltung sei sich der Wirkung der genannten Fakten wohl bewusst, man müsse aber irgendwann anfangen. Er wisse nicht, ob es gelingt, im Wettstreit mit der Ortsumfahrung diese Sache anzugehen, denn dort habe sich über viele Jahre nichts verändert. Möglicherweise entsteht ein anderes Bewusstsein, wenn man in der Innenstadt mit der Aufwertung beginnt und sagt, man schaffe eine andere Faktenlage, wohl wissend, dass man den Verkehr immer mit bedenken muss.

Die Abhängigkeit sei aber zu riskant, weil die Innenstadt für die Perspektive dieser Stadt lebensnotwendig sei und dort anzufangen ebenso. Wenn ein Bewusstsein entsteht, dass verkehrstechnisch Dinge in dem Zusammenhang geklärt werden müssen und ein Umdenken einsetzen sollte, habe das eine andere Grundlage für die Entscheidung.

Die Fraktionen seien sich einig anfangen zu müssen, merkte **Herr Bönecke, Fraktion Pro Dessau-Roßlau,** an. Es stelle sich aber die Frage nach dem Wie. Ist es jetzt tatsächlich angezeigt, schon den ganz großen Schritt zu machen? Das wurde kontrovers in der Fraktion diskutiert und man sei zu dem Ergebnis gekommen, dass man in dieser Tragweite vielleicht denken kann, aber man sollte auf keinen Fall anfangen, bevor nicht die wesentlichen gestalterischen Merkmale des Besucherzentrums an der Stelle Ecke Stadtpark feststehen. Herr Bönecke verwies auf die bestehende Zentralhaltestelle, die jetzt nur an einem anderen Standort, also in der Friedrichstraße liegt. Hier sei alles vorhanden, Busspur, Straßenbahn, verkehrssichere Aussteigmöglichkeiten. Es stelle sich die Frage, warum das 100 m verlegt werden müsse, was mit einem erheblichen Kostenaufwand verbunden sei. Es wäre vielleicht sinnvoll, diesen Standort der Zentralhaltestelle bei den Planungen für ein Besucherzentrum mit einzubeziehen.

Weiterhin sei die Erneuerung und Instandsetzung der Straßenbahnstrecke in dem Bereich zwischen Museum und Hauptpost bei der DVG erst viele Jahre später in der Planung, also erst zum Ende der Dekade und auch erst dort in der Finanzplanung. Es sei die wesentliche Frage zu klären, bevor ein solcher Beschluss gefasst wird, inwieweit es Auswirkungen auf die Finanzplanungen unseres Verkehrsbetriebes hat, ob es sich letztendlich auf eventuell höhere Fahrpreise und über höhere Belastungen über den Verbund der DVV insgesamt auf die Bürger auswirkt.

Es gebe einen Bereich in diesem Abschnitt, der relativ unstreitig, auch bei einer späteren Umgestaltung in diesem Gesamtkonzept nicht noch einmal angefasst werden müsste, wenn er jetzt angegangen wird. Das sei der gesamte östliche Bereich der Kavalierstraße. Es sei die Frage, inwieweit man dort tatsächlich die Maßnahmen beginnen kann, um auf die Gesamtmaßnahme hinzuarbeiten und auch etwas in Bewegung zu setzen, ohne den Blick und die Einbeziehung an dem Standort das Besucherzentrum vorzuprägen.

Mit der Gesamtmaßnahme habe man vor, zuerst den Garten und dann das Haus zu errichten. Ein Zwischenweg sei anzufangen, aber die Maßnahmen, die sich jetzt nicht explizit auf den Standort des künftigen Besucherzentrums auswirken, sollte man ausklammern. Das wäre der richtige Weg und eine zu wählende Zwischenlösung, schloss **Herr Bönecke**.

Herr Ehm, CDU-Fraktion, legte bildhaft dar, dass der Mensch im Kleinkindalter das Laufen lerne, indem er einen Fuß vor den anderen setzt. Das gelte für das ganze Leben. Man könne nur gut und sicher laufen, wenn man erst den ersten Schritt macht und dann den zweiten. Wenn man das nicht macht, falle man auf die Nase. In Dessau versucht der Baudezernent das ständig umzudrehen und sei damit bei der Friedensbrücke auf die Nase gefallen. Der Stadtrat wurde wegen des Geldes für die zweite Muldebrücke genötigt, nun ist das Geld weg und bis zum Ende ist nichts geworden. Die Bewohner der Schlachthof- und Karlstraße haben durch die Verkehrsbelastung eine etwa um 6 – 8 Jahre niedrigere Lebenserwartung. Das sollten alle, auch die Gegner der Nordumgehung und der zweiten Muldebrücke bedenken und ihr Gewissen befragen, ob man das mit gutem Gewissen noch manifestieren oder bestärken will, indem noch mehr Verkehr durch Nord geschickt wird, weil keine vernünftigen Alternativen vorhanden sind. **Herr Ehm** rief dazu auf, den ersten Schritt vor dem zweiten zu tun, was heiße, die seit 15 Jahren beschlossene Verkehrsalternative zweite Muldebrücke und Nordumgehung fertig zu bauen und dann den Verkehr aus der Innenstadt zu verlagern.

Herr Bähr, FDP-Fraktion, führte aus, er habe mit Bedauern zur Kenntnis genommen, dass die CDU-Fraktion sich nicht mehr als Wirtschaftspartei sieht. Dass sie es im Bund und Land nicht mehr ist, wisse er schon lange, aber für unsere Stadt hatte er noch Hoffnung. Er nehme das zur Kenntnis und auch, dass man wieder schieben wolle mit vielen nachvollziehbaren

Begründungen, Schritt für Schritt, aber wir machen seit Jahren keinen Schritt. Das sei Fakt in unserer Stadt. Es könne so weiter gemacht und auch noch 9 oder 10 Jahre gewartet werden, dann ist wahrscheinlich auch kein Verkehr mehr in der Straße, weil inzwischen alle Händler weg sind.

Es stelle sich nur die Frage nach der Lebensqualität und was mit den Einwohnern und Arbeitsplätzen passiert. Dass das jetzt ein Anfang sein soll, wir zwischendurch vielleicht eingreifen und mit einem möglichen Planer für das Bauhausmuseum reden müssen, seine Wünsche einarbeiten und die Hälfte vielleicht wieder ändern müssen, sei dann so. Es werde nicht anders gehen. Gleiches gelte für die DVG. Die Leute seien kreativ und versuchen schon das Mögliche zu machen. Die Frage sei, ob wir es wollen. **Herrn Bähr** dränge sich der Eindruck auf, dass wir es nicht wollen. Dann solle das beschlossen und die Stadt beerdigt werden. Dann ist die Wirtschaft tot und demnächst etliche Wirtschaftsbetriebe nicht mehr hier, was bedacht werden solle.

Viele Hinweise sind berechtigt, stellte **Herr Hoffmann, 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates und Fraktion Die Linke,** fest. Er habe sein Büro in der Karlstraße, weshalb er die Situation dort kenne. Er halte aber nichts davon, das eine mit dem anderen aufzuwiegen, weil man damit nicht weiterkomme, weil die Prozesse zählebig sind. Die Bilder mit dem Laufen lernen seien interessant, wir aber bleiben stehen, weil uns die vorgetragenen Bedenken zu keiner Entscheidung bringen, was unbefriedigend sei.

Einige Fakten wurden in der Kavalierstraße schon geschaffen und diese sind unumstößlich. Wenn wir mit dem ÖPNV, sprich mit der Straßenbahn, einen gewissen Verkehr in dieser dann doch etwas ärmeren Zone organisieren wollen, stelle sich die Frage, ob der Individualverkehr, der dann an der Post umzuleiten wäre, anders umgeleitet wird und nicht mehr durch diese dann beruhigte Zone geht. Das seien alles Dinge, die mit betrachtet werden müssen, aber man müsse mal anfangen, denn man habe keine Zeit und befinde sich in einem Wettbewerb. In anderen Innenstädten sei der Handel substanzieller am Kämpfen. An dieser Stelle vergebe man viele Chancen, es wurde jahrelang diskutiert, wo unser Zentrum liegen soll. Man habe oft genug die Varianten auf dem Tisch gehabt, wie das aussehen könnte. Hier habe er diese Widersprüche nicht gehört. Er fragte, wie die Entscheidung im Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus sowie im Bauausschuss zustande gekommen ist, gab es Mehrheiten, sind die heute geäußerten Bedenken dort nicht diskutiert worden. Er könne diese Bremsentreterei nicht verstehen und er teile sie auch nicht, weshalb die Fraktion der Vorlage zustimmen werde.

Seine Fraktion, jedenfalls die, die aus Protest noch nicht gegangen sind, unterstütze die Vorlage, erklärte **Herr Giese-Rehm, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen**. Es gehe darum, einen Grundsatzbeschluss zu fassen, sprich man wolle etwas machen und entwickeln. Wenn man sich die Zeitplanung mit der Kostenverteilung ansieht, sei genügend Zeit, die hier genannten Dinge mit aufzunehmen und mit den Planern ins Gespräch zu kommen. Man benötige 2 Jahre Vorlauf, bevor sich überhaupt etwas abzeichnet. Er verwies auf die Anlage 2 der Beschlussvorlage, im oberen Bereich der Aufweitung in Richtung Museumskreuzung wolle er auch eine Durchlässigkeit erhalten, weil genau da die Leute über die Absperrungen steigen und sich gefährden. Hier müsste das erreicht werden, was vom Rathauscenter, Haus des Reisens und Lilly-Herking-Platz angedeutet ist. Baufeldfreimachung mit Verlegung der Zentralhaltestelle gehöre dazu und auch die Möglichkeit, dass ohne große Konflikte ein Bauhausmuseum oder Besucherzentrum geplant werden kann. Deshalb fordere **Herr Giese-Rehm** auf, der Vorlage zuzustimmen.

Herr Eichelberg, SPD-Fraktion, bemerkte, es gebe natürlich immer die einen oder anderen Veränderungen, trotzdem müsse es ein Weitergehen geben. D. h., wenn man jetzt wieder eine Blockadehaltung einnehme, was von vielen Vorrednern schon gesagt wurde, stelle sich die Frage, was das der Stadt bringt, wenn immer weiter diskutiert werde. In den Ausschüs-

sen wurden die Fakten ausgetauscht und es gab eine Mehrheit dafür. Für diese Stadt müsse etwas getan werden, weshalb heute der Beschluss gefasst werden sollte.

Er habe gesagt, dass vieles zu überdenken ist, betonte **Herr Weber, CDU-Fraktion.** Da der Vertreter seiner Fraktion im Finanzausschuss hier nicht mehr anwesend ist, wende er sich an Frau Ehlert, Herrn Pätzold, Herrn Bähr und Herrn Dreibrodt als Mitglieder dieses Ausschusses, weil zur Finanzierung nichts Verbindliches gesagt worden ist. Man gehe aber davon aus, dass wir 5,4 Mio. € jetzt auf den Weg bringen. Man streite um den Erhalt des Anhaltischen Theater, habe so viele Baumaßnahmen in der Stadt, die in der mittelfristigen Finanzplanung schon untergebracht wurden und rede über Stark III beim Sparen. Man befinde sich in der Haushaltskonsolidierung und habe schon so ein enges Feld für die notwendigsten Maßnahmen, die wir zurzeit noch umsetzen können. Wir wollen vieles, müssen es aber auch bezahlen. Im Haupt- und Personalausschuss sowie im Bauausschuss werde oft nicht darüber gesprochen, wie wir es finanzieren. In den nächsten Wochen werde man keinen Haushalt zustande bekommen, dann sei der Beschluss vielleicht sowieso Makulatur.

Frau Grabner, Fraktion Bürgerliste/Die Grünen, stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf **Schluss der Debatte.**

Da Herr Beigeordneter Hantusch dem widersprach und ein **Gegenantrag** von **Herrn Hoffmann, Fraktion Die Linke** und 1. stellv. Vorsitzender des Stadtrates erfolgte, brachte **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates,** den Antrag zur Abstimmung. Dem Antrag auf Schluss der Debatte wurde mehrheitlich entsprochen (22:14:01).

Herr Otto, Fraktion Pro Dessau-Roßlau, bezog sich insbesondere auf die Redebeiträge von Herrn Hoffmann und Herrn Bähr und betonte, ihm könne niemand unterstellen, die Innenstadtentwicklung und die Entwicklung der Kavalierstraße nicht vorangebracht zu haben. Wenn er in seiner Amtszeit als Oberbürgermeister das Dessau-Center nicht initiiert und am Ende durchgesetzt hätte, bräuchte heute über die Kavalierstraße nicht gesprochen werden.

Alle Argumente, die gegen den Komplettausbau der Kavalierstraße zum jetzigen Zeitpunkt sprechen, wurden im Ausschuss vorgebracht, man habe aber kein Gehör gefunden. Deshalb müsse zugestanden werden, das hier noch einmal zu sagen. Dass Herr Hoffmann sagte, es wurde nicht darüber gesprochen und die Stadträte würden das heute das erste Mal tun, sei unfair. Genauso unfair sei es, wenn Herr Hantusch so tut, als ob seit 2002 nichts gemacht wurde. 2002 habe es einen Wettbewerb gegeben, dessen Ergebnis man hätte stückweise umsetzen können. Ein Stück wurde umgesetzt, wodurch der Lilly-Herking-Platz und das Alte Theater entstanden sind. Man hätte nur weitermachen sollen und spreche sich nur dagegen aus, weiter in die Fahrbahn einzugreifen.

Man habe grundsätzliche Bedenken und wisse, dass der Stadtrat sich gegen eine Verkehrsuntersuchung ausgesprochen hat. Seine Anfrage im Bauausschuss ist bis heute nicht beantwortet worden, wer sich denn jetzt über den Beschluss des Stadtrates hinweggesetzt und eine Verkehrsuntersuchung beauftragt hat. Im Ausschuss wurde behauptet, es gebe Beschlüsse, es wurde aber keiner gefunden. Hier sei die Verwaltung beauftragt das nachzuweisen, ansonsten sollte derjenige, der beauftragt, auch bezahlen.

Es bestehen Bedenken, dass andere Wohngebiete weiter mit Verkehr belastet und die Leute aus der Stadt herausgedrängt werden. Es bestehe keine Not, den Verkehr drin zu lassen. Man müsse jetzt nicht vorgezogene Investitionen bei der DVV verursachen, die am Ende den Bürger wieder belasten, weil das Geld erwirtschaftet werden müsse. Es stelle sich die Frage, warum es nicht gemacht werden soll, wenn es dran ist und die Verkehrsberuhigung ohne Probleme realisiert werden kann. Wir können ein Gesamtkonzept erarbeiten und das stückchenweise umsetzen, sollten aber nicht in den Verkehrsraum eingreifen, bevor die Ostrandstraße da ist, betonte **Herr Otto**.

Herr Oberbürgermeister Koschig bat um **Rederecht** für den Beigeordneten für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Tourismus, da einige Dinge klargestellt werden müssen. Daraufhin verwies **Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates,** auf die Geschäftsordnung, weshalb er das Rederecht nicht zulassen könne. Der Oberbürgermeister selbst habe aber die Möglichkeit der Interpellation und sei sicher in der Lage das darzustellen.

Erwidernd legte **Herr Oberbürgermeister Koschig** dar, nicht in den entsprechenden Ausschusssitzungen gewesen zu sein, wisse aber, dass immer mehrheitlich für das Vorhaben gestimmt wurde und man sich fachlich intensiv auseinandergesetzt hat. Deshalb bitte er den Stadtrat, dem Votum der Fachausschüsse beizutreten.

Herr Dr. Exner, Vorsitzender des Stadtrates, brachte die Beschlussvorlage zur Abstimmung. Da das Ergebnis der Auszählung (19:17:00) nicht mit der Zahl der anwesenden Stadträte übereinstimmte, wurde die Abstimmung wiederholt.

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 19:18:00

7.10 Widmung öffentlicher Verkehrsflächen Straße "Am Junkerswerk" Vorlage: BV/291/2013/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 35:00:00

7.11 Widmung öffentlicher Verkehrsflächen Straße "Theodor-Storm-Weg" Vorlage: BV/290/2013/VI-66

Die Vorlage wurde beschlossen.
Abstimmungsergebnis: 34:00:00

7.12 Gemeinsame Erklärung der Fraktionen im Stadtrat Dessau-Roßlau zur Weiterbestellung von Prof. Philipp Oswalt als Vorstand und Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau Vorlage: BV/349/2013/FDP

Die Behandlung der Vorlage war von der Tagesordnung genommen worden.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde beendet und Nichtöffentlichkeit hergestellt.

10 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde durch den Vorsitzenden des Stadtrates beendet.

Dessau-Roßlau, 12.12.13

Dr. Stefan Exner	E. Baumer
Vorsitzender Stadtrat	Schriftführerin